

## Antragsbegründung DS 6-1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Antragsteller habe ich das Recht, zu begründen.

Der Antrag auf Mehrgeschossigkeit wurde gestellt, weil anders eine intensive Diskussion nicht möglich ist. Anregungen sind erfahrungsgemäß uninteressant. Anträge müssen behandelt werden.

Unser Anliegen nach mehr Wohnraum und einer klugen Stadtplanung, einer klugen Ressourcennutzung macht die Auseinandersetzung notwendig. Und es ist mein gutes Recht, mich für unseren Antrag einzusetzen und für diesen Antrag zu werben.

Abstimmungen zu verlieren gehört zum politischen Alltag. Diese Erfahrung habe ich ausreichend gemacht. Aber der Vorwurf vom Bürgermeister, dass ich sauer bin, hat andere Ursachen. Ich bin sauer, weil wir falsch informiert wurden.

Wir wurden in der Septembersitzung letzten Jahres falsch informiert. Der Antrag der SPD/FDP-Fraktion auf eine vorgezogene Informationsveranstaltung, um den Aufstellungsbeschluss zu konkretisieren, wurde von der Verwaltung als überflüssig bezeichnet. Es hieß, eine Informationsveranstaltung ist ohnehin im B-Plan-Verfahren gesetzlich vorgeschrieben. Wozu diese unnötige zusätzliche Veranstaltung!

Aufgrund dieser Fehlinformation wurde der Antrag zurückgezogen.

Später fragte, vor Beschlussfassung, mein Kollege Detlef Reichel nochmals nach:

~~unvollständiger Text~~

**Herr Reichel** erkundigt sich, ob bei der Formulierung „Umwandlung Wohngebiet in ein Sondergebiet Handel“ der Vorhabenträger so gebunden ist, dass dort auch nur Handel stattfindet, oder ein späteres Integrieren von Wohnen dennoch möglich ist.

**Der Zweite Beigeordnete** erklärt, dass eine konkrete Definition hinsichtlich der Bebauung in den finalen Beschlüssen festgesetzt wird und die Stadtverordneten somit hierüber befinden.

Ich kann mich noch gut daran erinnern. Ich dachte, warum nochmals die Frage. Es ist doch alles klar. Heute bin ich für die damalige Frage sehr dankbar, weil hier noch ein Hinweis ins Protokoll Einzug fand.

Der Vorwurf, der Antrag Mehrgeschossigkeit kommt zu spät, stimmt in gewisser Weise.

Er kommt zu spät, weil die Verwaltung mit ihrer Argumentation für eine falsche Weichenstellung sorgte. Hier liegt eindeutig die Verantwortung beim Bürgermeister. Und er leugnet seine Verantwortung in bewährter Form.

Wir sind auf ein altes Abwehrmuster von Verwaltungen hereingefallen. Ihr Antrag kommt zu früh, stellen sie den Antrag später! Dann später bei erneuter Antragstellung: Jetzt ist es für den Antrag wirklich zu spät. Sie hätten den Antrag früher stellen müssen.

Eine gute Zusammenarbeit sieht anders aus. Wer so fingert, nimmt die Interessen der Bürger nicht ernst.

Und was die schlechte Zusammenarbeit zwischen SVV und Bürgermeister angeht, Aldi ist kein Einzelfall.

Der Bürgermeister ist in der Pflicht gegenüber den Stadtverordneten, als ehrlicher Makler tätig zu werden.

Dumm nur, dass Aldi das ausbaden muss, was auf eine falsche Weichenstellung beruht.

Nun haben wir das Dilemma!

Gegen meine Überzeugung, denn Aldi näher an der Innenstadt ist aus vielen Gründen besser als am Stadtrand, kann ich nicht für „NUR ALDI“ stimmen

## Antragsbegründung DS 6-1

Weitere Zersiedlung der Landschaft ist keine gute Landesentwicklung und nicht nachhaltig. Wenn wir von Verdichtung reden, dann bietet sich genau dieses Areal im Wohngebiet an.

Eingeschossigkeit ist eine Sünde gegenüber der Ressource Wohnraum und keine Verdichtung. Und Wohnraum fehlt in Prenzlau. Wohnraum, guter und günstiger, ist Mangelware. Die Leerstandsquote der Wohnbau von knapp 2% ist ein sehr deutliches Signal.

Selbstverständlich: Mangel verwalten ist eine komfortable Situation für den Vermieter.

Und selbstverständlich wollen wir eine wirtschaftlich und finanziell gesunde Wohnbau haben. Wir sind aber gleichzeitig in der Verantwortung gegenüber unseren Prenzlauern. Sie haben Anspruch auf Wohnraum. Die Mieten müssen bezahlbar sein.

Und bitte Vorsicht mit den Vergleichsmieten aus Berlin. In Berlin kann Wohnraum angeboten werden, weil ein großer Personenkreis sich mit dem Einkommen deutlich von den Prenzlauern unterscheidet.

Außerdem: es herrscht Mangel!

In Deutschland können wir nicht erst an neuen Wohnraum denken, wenn die Menschen auf der Straße sitzen. Die Schaffung von Wohnraum ist ein langfristiges Projekt.

Der Straßenbau scheitert wegen Marktversagen, so berichtet die Prenzlauer Zeitung.

Derartige Fehlleistungen dürfen wir uns nicht beim Wohnungsbau leisten.

Ein gesundes städtisches Wohnungsbau-Unternehmen darf nicht mit Wohnungsmangel zu Lasten von Mietern erzwungen werden.

Die Bevölkerungsprognose, 18.600 Einwohner, ist mit größter Vorsicht zu genießen und darf keine Grundlage für langfristige politische Entscheidungen sein.